



Protokoll der 28. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. Mai 2011, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Doris Lagnaz, Andreas Lirgg, Corinne Ruesch, Hanspeter Stoll

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 06. April 2011 ://: Das Protokoll vom 06.04.2011 wird mit einer geringfügigen redaktionellen Änderung (Mitteilungen Stadtrat) einstimmig genehmigt.	-
2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen ://: Wahl der vorgeschlagenen Ratsmitglieder gemäss Nomination der SP-Fraktion in das Büro und in die Bau- und Planungskommission.	2011/163
3. Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation „Zuerst zur Arbeit – dann die Unterstützung“ von Gerhardt Schafroth namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.	2011/166 2011/166a
4. Bericht Stadtrat zum Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal ://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat als erledigt abgeschrieben.	2009/42 2009/42a
5. Berichte Stadtrat und Finanzkommission betreffend Kostenbeteiligung der Stadt am Parkhaus Rebgarten ://: Mit grossem Mehr wird dem FIKO-Gegenantrag zugestimmt: Genehmigung Dienstbarkeitsvertrag mit Rebhaus AG und Strukturbeitrag von 1,275 Mio. Franken für 85 öffentliche Parkplätze von total 170 Parkplätzen sowie einen öffentlichen Ein-/Ausgang auf die Rheinstrasse. ://: Ablehnung von Antrag der Grünen Fraktion betreffend Aufhebung von 45 oberirdischen Parkplätzen in der Altstadt als Kompensation für die Beteiligung am Parkhaus Rebgarten. ://: Ablehnung von Antrag der Grünen Fraktion für Unterstellung des ER-Beschlusses unter das Behördenreferendum in namentlichen Abstimmung.	2011/146 2011/146a
6. Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission betreffend Projekt- und Kreditgenehmigung für Neugestaltung von Emma Herwegh-Platz ://: Projekt wird mit einer Reduktion der Anzahl Bäume auf 20 genehmigt und dafür ein Bruttokredit von CHF 400'000 in der Schlussabstimmung bewilligt. ://: Der Antrag der SVP-Fraktion für eine Limitierung des Kredits auf CHF 370'000 wird abgelehnt.	2011/158 2011/158a

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 7. | Berichte Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission betreffend Amtsbericht 2010
<i>://: Der Amtsbericht 2010 wird gemäss Antrag der GPK genehmigt.</i> | 2011/159
2011/159a |
| 8. | Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion für verkehrsberuhigende Massnahmen im Quartier Sigmundstrasse/Altbrunnenweg, Liestal Ost
<i>://: Vom stadrätlichen Bericht zum Postulat wird Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i>
<i>://: Der Gegenantrag der SVP-Fraktion für die Nichtabschreibung des Vorstosses mit einer vom Stadtrat noch zu prüfenden neuen Lösungsvariante wird abgelehnt.</i> | 2010/92
2010/92a |
| 9. | Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend „Feinstaubbelastung der Liestaler Bevölkerung“
<i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i> | 2011/164
2011/164a |
| 10. | Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend „Fukushima – auch Liestal muss handeln!“
<i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i> | 2011/165
2011/165a |

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) begrüsst die Anwesenden zur zweitletzten Ratssitzung im laufenden Amtsjahr.

Ganz speziell wird Frau Canan Güngör (SP) als neue Einwohnerrätin zu ihrer ersten Sitzung begrüsst und ihr im neuen Amt viel Befriedigung gewünscht. Sie ist als Nachrückende des zurückgetretenen Philipp Senn (SP) in den Einwohnerrat gewählt worden und wird dem Rat kurz vorgestellt: Frau Güngör hat die Primar- und die Sekundarschule sowie das Handelsgymnasium in der Türkei absolviert und lebt seit 1987 mit ihrer Familie in der Schweiz. Sie ist von Beruf Arztgehilfin und schliesst in diesen Tagen das Studium für Soziale Arbeit ab.

Seit der letzten Ratssitzung sind europaweit mehr oder weniger wichtige Hochzeiten über die Bühne gegangen. Dabei hat auch eine wichtige Hochzeit in Liestal statt gefunden, denn Mitte April hatte sich Einwohnerrätin Meret Kaufmann mit Philipp Franke verheiratet. Dem Hochzeitspaar wird gratuliert und für den gemeinsamen weiteren Lebensweg alles Gute gewünscht.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 19. Mai 2011:

- Einwohnerrat Philipp Senn (SP) hat mit Schreiben vom 02.05.2011 seinen sofortigen Rücktritt erklärt. Das Demissionsschreiben wird verlesen.
- Ebenfalls wird das Schreiben von Einwohnerrat Dieter Epple (SVP) vom 23.05.2011 verlesen, welcher seinen Rücktritt per 30. Juni 2011 erklärt.
- Herr Roman Zeller (FDP) hat seinen Rücktritt als Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates per 31. Juli 2011 erklärt. Die Schulratsersatzwahl ist vom Büro auf die nächste Ratssitzung vom 29. Juni 2011 angeordnet worden. Bezüglich der Ersatzwahl wird auf die Publikation im nächsten „Liestal aktuell“ verwiesen.
- Mangels Anmeldungen musste der Einwohnerratsausflug vom 21.05.2011 abgesagt werden. Dies ist aus zwei Gründen bedauerlich: Erstens, weil der Anlass nicht stattfinden konnte und zweitens, weil es viele Ratsmitglieder nicht einmal nötig gefunden hatten, sich an- oder abzumelden. Dies ist gelinde gesagt nicht gerade nett, auch gegenüber dem Organisator Markus Meyer, welchem an dieser Stelle nochmals für die geleisteten Vorbereitungsarbeiten gedankt wird. Bis zur nächsten Bürositzung werden die Fraktionsmeinungen bezüglich der Fortsetzung des jährlich stattfindenden Ausfluges eingeholt.
- Der Terminplan 2012 des Einwohnerrates ist vom Ratsbüro genehmigt und den Ratsmitgliedern mit Mail vom 23.05.2011 zur Kenntnis gebracht worden. Der Terminplan ist noch mit der „konstituierenden Sitzung“ zu ergänzen. Die definitive Fassung des Terminplanes sowie der vom Büro noch zu beschliessende „Detail-Terminplan 2012“ wird dem Rat zur gegebenen Zeit noch zur Kenntnis gebracht.
- Ebenso sind die Erneuerungswahlen 2012 für die Schulratsmitglieder, die Sozialhilfbehörde und das Wahlbüro auf die Ratssitzung vom 27. Juni 2012 angeordnet worden.
- Die Rückmeldetalons für das Amtsjahr-Schlussessen vom 29. Juni 2011 sind dem Ratschreiber bis am Schluss der heutigen Ratssitzung abzugeben.
- Einwohnerrätin Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) ist bis zur nächsten Ratssitzung vom 29. Juni 2011 das Formular betreffend der Mitwirkung am Integra-Anlass vom 03.09.2011 abzugeben, welches an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 06.04.2011
- ER-Vorlage Nr. 2011/165a, rektifiziert bzw. ergänzt mit Beilage/Anhang
- Jugendzentrum Liestal: Einladung zur Einweihung des Mädchenraumes vom 31.05.2011; Jahresbericht 2010 „Offene Jugendarbeit Liestal“
- Integra 2011: Anmeldung zur Mithilfe der Einwohnerratsmitglieder
- Neue Vorstösse Nr. 2011/167 – Nr. 2011/169

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------|--|
| - Peter Stengle | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Sabine Sutter | B: Mitte |
| - Vreni Wunderlin | C: Seite SP, Grüne |

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf die Einladung zur Einweihung für den Mädchenraum im Jugendzentrum Joy vom 31.05.2011 und hält ergänzend fest, dass das Mobiliar für das Genderprojekt vom Service-Club der Zonta-Frauen gespendet wurde.

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation „Tagesheim Sunnewirbel – wie weiter?“ von Regula Nebiker und Patrick Mägli namens der SP-Fraktion (Nr. 2011/167)
- Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Wald an der Goldbrunnenstrasse (Nr. 2011/168)
- Postulat von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend späten Würdigung des Zeichners Max Schneider (Nr. 2011/169)

Traktandenliste

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) weist darauf hin, dass wegen dem vorzeitigen Weggang von Stadtpräsidentin Regula Gysin die von ihr zu vertretenden Traktanden Nr. 3 und Nr. 4 vorgezogen wurden. Das Ende der heutigen Sitzung ist nicht definiert und wurde auch an der letzten Bürositzung nicht festgelegt. Es ist den Ratsmitgliedern überlassen, ob sie wegen dem FCB-Match die Sitzung früher verlassen wollen. Je nach Verlauf der Sitzung ist ein Schluss der Sitzung um ca. 19.30 Uhr nicht unrealistisch. Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 11. Mai 2011 beschlossen.

255 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 06. April 2011

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) orientiert, dass betreffend dem Protokoll der letzten Rats-sitzung vom 06.04.2011 fristgemäss keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen sind.

Gestern wurde er aber von Stadtpräsidentin Regula Gysin darauf aufmerksam gemacht, dass bei den „*Mitteilungen des Stadtrates*“ (Seite 695, letzter Satz) folgende Änderung beschlossen werden sollte: ... *Dieses Jahr musste kein anderer Standbetreiber gebüsst werden.*

://: Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 06. April 2011 wird mit der Änderung bei den „Mitteilungen des Stadtrates“ einstimmig genehmigt.

256 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2011/163)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass nach den Rücktritt von Ratsmitglied Philipp Senn von der SP-Fraktion verschiedene Umbesetzungen im Büro sowie in der Bau- und Planungskommission BPK vorgeschlagen werden.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass keine Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden, aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Abstimmung beantragt und deshalb über die Wahlvorschläge in einem Wahlgang offen abgestimmt werden kann.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Büro (Amtsjahr 2010/2011)

- Canan Güngör (SP) anstelle von Peter Stengle als ordentliches Mitglied
- Patrick Mägli (SP) anstelle von Philipp Senn als ordentliches Mitglied
- Peter Stengle (SP) anstelle von Partrick Mägli als Ersatzmitglied

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Patrick Mägli (SP) anstelle von Philipp Senn als Ersatzmitglied

257 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation „Zuerst zur Arbeit – dann die Unterstützung“ von Gerhard Schafroth namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/166, Nr. 2011/166a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass sie keine Ergänzungen zum Bericht anzubringen habe.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt als Interpellant, dass beim praktizierten Winterthurer-Modell schlussendlich nur gerade die Hälfte eine Sozialhilfeunterstützung beantrage. Dieses Modell hat sich bewährt und wird nun auch in anderen Gemeinden und Städten eingeführt. Die stadträtliche Antwort zu seinem Vorschlag, dass dieses Modell auch in Liestal eingeführt wird, ist negativ. Dies wird unter anderem damit begründet, dass Liestal dafür zu klein sei, was ihn nicht überzeuge. Seine Abklärungen beim Kanton haben ergeben, dass Liestal das Winterthurer-Modell gar nicht einführen dürfe, was ihn enttäusche, er aber akzeptieren müsse. Das Sozialhilfegesetz soll revidiert werden und so wird er als Landrat die Chance für eine entsprechende Anpassung der kantonalen Gesetzgebung nutzen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) hält fest, dass sich ein Interpellant dahingehend äussern könne, ob ihn die stadträtliche Antwort befriedige oder nicht. Dieser kann aber nicht selbst bestimmen, ob eine Diskussion geführt werde oder nicht.

Walter Leimgruber (SP) bekundet schon alleine mit dem Titel des Vorstosses Mühe, wird doch mit diesem suggeriert, dass alle Sozialhilfebezüger nicht arbeiten wollen. Seine Fraktion habe zur Kenntnis genommen, dass sich Liestal seit beinahe 20 Jahren für sinnvolle Beschäftigungen und Arbeitsangebote von Sozialhilfebezügern einsetzt. Bei der vom Interpellanten erwähnten Sozialhilfegesetz-Revision wird unter anderem auch thematisiert, inwieweit beispielsweise Vorwürfe, dass Eingliederungsprogramme die KMU-Betriebe etc. konkurrenzieren, aus der Welt geschaffen werden können. Es ist wohl gescheitert, dass bei Sozialhilfebezügern zuallererst deren Arbeitsmarktfähigkeit und die persönlichen Verhältnisse geklärt wird und diese nicht mit der Brechstangen-Methode zur Arbeit verpflichtet werden. Bezugnehmend auf das im stadträtlichen Bericht erwähnte, gemeindeeigene Projekt für junge Erwachsene vertrete er die persönliche Haltung, dass von der Gemeinde nicht Angebote gemacht werden sollten, welche vom Kanton bereits offeriert werden. Von der Gemeinde sollten aber gegebenenfalls ergänzende, sinnvolle Angebote geprüft und unterbreitet werden, dies in Kooperation mit den kantonalen Angeboten.

Elisabeth Spiess (GL) unterstützt das Votum ihres Vorredners und den vom Stadtrat eingeschlagenen Weg. Ergänzend mache sie auf den Vorteil von Arbeitsintegrationsprogrammen aufmerksam, indem die darin beschäftigten Personen auch auf ein Coaching zählen dürfen.

Peter Stengle (SP) bringt weitere Aspekte ein, welche ebenfalls zu beachten sind. Er wünsche niemandem, einmal Sozialhilfe beantragen zu müssen, denn die Antragsteller müssen einen wahren persönlichen Striptease über sich ergehen lassen. So kann beispielsweise bei einem Bankkontoguthaben von 2800 Franken keine Sozialhilfe beantragt werden. Er selbst habe in seiner früheren Berufstätigkeit keine Sozialhilfebezüger kennen gelernt, welche nicht gerne gearbeitet hätten. Meist waren es Leute, die ausgesteuert waren und keine Arbeitslosenentschädigung mehr beziehen konnten. Diese wurden während 1,5 bis 2 Jahren auf dem RAV professionell betreut und diesen beispielsweise auch Weiterbildungskurse angeboten. Bei einer Aussteuerung bleibt schlussendlich nur noch das letzte Netz der Sozialhilfeunterstützung übrig. Und so ist es fast zynisch, dass in einem solchen Fall verlangt würde, dass vor dem Bezug von Sozialhilfegeldern nochmals Arbeitsleistungen verlangt würden. Dies,

nachdem die Arbeitssuche während längerer Zeit zuvor erfolglos gewesen war und diese nach Sozialhilfegesetz auch Anspruch auf Unterstützung haben. Auf Pauschalverurteilungen von Sozialhilfeempfängern sollte doch verzichtet werden.

Stadtpräsident Regula Gysin äussert, dass schon sehr viel zum Thema gesagt wurde. Ergänzen möchte sie, dass die Sozialen Dienste vor Jahren zusammen mit verschiedenen KMU-Firmen im Haus der Wirtschaft eine Informationsveranstaltung zum Thema Arbeitsintegration durchgeführt hatten. Das Interesse war gross, doch fehlte es schlussendlich an der Umsetzung von konkreten Massnahmen. Die Sozialen Dienste sind laufend daran, weitere Angebote zu lancieren. So steht nach dem Velostation-Projekt neu das Littering-Konzept an, wie dies im stadträtlichen Bericht erwähnt ist.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation Nr. 2011/166 beantwortet und erledigt.

258 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Bericht Stadtrat zum Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal (Nr. 2009/42, Nr. 2009/42a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass sie keine Ergänzungen zum Bericht anzubringen habe.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Mitunterzeichner des Postulates dem Stadtrat für die Berichterstattung. Die stadträtliche Stellungnahme sei für ihn nicht zufrieden stellend und enttäusche ihn. Die SVP-Fraktion werde aber der Abschreibung des Postulates zustimmen, damit ein neuer Vorstoss eingereicht werden kann. Der Stadtrat macht es sich etwas einfach und verkennet auch die Bedeutung der Tourismusförderung. Komisch ist es beispielsweise, dass vom Stadtrat nun auf einmal festgehalten wird, dass man überhaupt kein Tourismuskonzept besitze. Auch den Postulanten ist klar, dass der Tourismus keine Kernaufgabe der Stadt sein kann. Wichtig ist aber doch die vom Stadtrat erwähnte Zusammenarbeit mit dem VVL, Tourismus Baselland sowie weiteren Institutionen, doch fehle auch diesbezüglich ein Gesamtkonzept. Sehr kundenunfreundlich und wenig vorteilhaft sind beispielsweise die Tonbandauskünfte der Tourismusinformation. Andere Städte wie Solothurn, Aarau und auch das Stedtli Laufen sind stolz auf ihre Tourismusangebote, welche zusammen mit der Stadt bearbeitet werden. Die Stadt Laufen zahlt beispielsweise einen jährlichen Beitrag von 5000 Franken an das Verkehrsbüro, was den Vorteil hat, dass damit auch das städtische Verwaltungspersonal eine Arbeitsentlastung erfährt. In Laufen funktioniert auch die Zusammenarbeit zwischen der Stadt mit der Promotion Wirtschaftsförderung Laufental und weiteren Institutionen recht gut, womit Synergien ohne massive Mehrkosten genutzt werden können. Die Initianten werden einen anderen Weg zur Lösungsfindung, beispielsweise mit einem neuen Vorstoss, prüfen und einschlagen, damit auch Liestal etwas mehr zur Tourismusförderung beitragen wird.

Franz Kaufmann (SP) führt aus, er sei doch überrascht, dass es nun doch kein Tourismuskonzept gebe, nachdem ein solches Konzept in verschiedenen Jahresprogrammen, Amtsberichten usw. immer wieder erwähnt wurde. So werden vom Stadtrat auch im Amtsbericht 2010 die getroffenen Massnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Sofortmassnahmen aus dem Tourismuskonzept aufgeführt. Überrascht habe ihn auch die stadträtliche Aussage, dass der Tourismus keine Kernaufgabe der Stadt sei, denn auch andere Gemeinden und Städte sehen dies anders. Liestal als Kantonshauptort mit einer Altstadt und bekannten kulturellen Anlässen sollte schon etwas mehr Selbstbewusstsein haben. Für die Stadt Solothurn und Umgebung stehen 5,5 Stellen für die touristischen Belange zur Verfügung. Auch Olten hat zwei Tourismus-Stellen, welche mit Leistungsvereinbarung angestellt sind. Frauenfeld stellt pro Jahr rund 150'000 Franken für die Tourismusförderung zur Verfügung. Unabhängig von den erwähnten Stellenprozenten und finanziellen Beiträgen der öffentlichen Hand zu Gunsten der Tourismusförderung müsste sich der Einwohnerrat vermutlich schon einmal mit der Frage befassen, ob denn der Tourismus nicht doch auch eine öffentliche Aufgabe in Liestal sein sollte. Auch die SP-Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen, da man auf diesem Weg nicht weiterkommen werde. Es ist anzunehmen, dass das Thema Tourismusförderung aber damit nicht endgültig vom Tisch sein wird.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, auch ihre Fraktion befriedige die stadträtliche Antwort nicht, zumal das mit dem Postulat verlangte Tourismuskonzept nun auch nicht vorgelegt wurde. VVL und Baselland-Tourismus leisten sicher gute Arbeit. Es stellt sich aber doch die Frage, ob beispielsweise die neue Info-Säule in der Allee nicht doch eher beim Bahnhof platziert werden sollte. In den Informationsbroschüren von BL-Tourismus liest man

regelmässig von August Raurica, der Wasserfallenbahn usw., doch vom Bad Schauenburg in Liestal konnte man beispielsweise noch nichts lesen. Es braucht ein Gesamtkonzept für Liestal, wie es andere Städte auch haben. Da Postulant Hanspeter Meyer die Abschreibung seines Vorstosses befürwortet, wird auch ihre Fraktion dem stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung des Vorstosses zustimmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, auch sie habe beim kürzlichen Besuch der Keinstädteagung glänzende Augen bekommen, als sie gesehen hatte, was in Zofingen bezüglich der Tourismusförderung alles unternommen wird. Liestal fehlen dafür aber die personellen und auch finanziellen Ressourcen sowie Räumlichkeiten, um aktiver werden zu können. Das jetzige Angebot in Liestal lässt sicher zu wünschen übrig, doch könnte beispielsweise ein Umzug von Tourismus Baselland ins Stedtli ein erster wichtiger Schritt zur lokalen Tourismusförderung sein.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat vom stadträtlichen Bericht Kenntnis und schreibt das Postulat Nr. 2009/42 als erledigt ab.

259 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Bericht Stadtrat und Finanzkommission betreffend Kostenbeteiligung der Stadt am Parkhaus Rebgarten (Nr. 2011/146, Nr. 2011/146a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Heinz Lerf (FDP) stellt als FIKO-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2011/146a vor: Der Quartierplan Rebgarten ist vom Einwohnerrat mit 85 öffentlichen Parkplätzen genehmigt worden. Die Vorlage Nr. 2011/146 ist in der FIKO kontrovers diskutiert worden und die Fraktionsmeinungen sind auf Seite 3 des Kommissionsberichtes abgebildet. Mehrheitlich hatte sich die FIKO für 85 öffentliche Parkplätze ausgesprochen, da der Standort des Parkhauses ideal ist. Ein Knackpunkt war auch die Erschliessung dieser Parkplätze mit Ein- und Ausfahrt zur Rheinstrasse mit einem Kostenbeitrag der Stadt von 500'000 Franken, woraus der FIKO-Gegenantrag resultierte. Der Dienstbarkeitsvertrag vom 01. Juli 2010 ist ohne Entscheid des Einwohnerrates abgeschlossen worden und müsste bei einer Genehmigung des FIKO-Gegenantrages neu ausgehandelt werden. Der Antrag aus einer Fraktion für eine Reduktion von 85 auf 45 öffentliche Parkplätze fand in der FIKO keine Mehrheit. Die FIKO ist davon überzeugt, dass mit dem Gegenantrag für einen um 0,5 Mio. reduzierten Strukturbeitrag für 85 öffentliche Parkplätze eine Kompromisslösung vorgelegt werden kann, da die öffentliche Erschliessung des Parkhauses nicht Sache der Stadt, sondern der Bauherrschaft sein soll.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass der Stadtrat an seinem Antrag gemäss Vorlage Nr. 2010/146 festhält.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, dass ihre Fraktion die Meinung vertrete, dass öffentliche Parkplätze grundsätzlich in Parkhäuser gehören, womit das Zentrum immer mehr autofrei wird. Aus diesem Grund hatte ihre Fraktion bei der Quartierplangenehmigung Rebgarten auch der Option für öffentliche Parkplätze zugestimmt. Mit dem Manor-Parkhaus werden 340 Parkplätze geschaffen, wovon 200 Parkplätze öffentlich sind, welche von der Stadt mit 1,5 Mio. Franken mitfinanziert werden. Im Zusammenhang mit dem Coop-Center Ziegelhof werden weitere 200 Parkplätze ohne Kostenbeteiligung der Stadt realisiert. Nun sollen noch 85 öffentliche Parkplätze im Parkhaus Rebgarten mit einer Kostenbeteiligung der Stadt von rund 1,8 Mio. Franken realisiert werden. Das heisst, dass rund 3,3 Mio. Franken für öffentliche Parkplätze beim Manor und Rebgarten geschaffen und mit Steuergeldern finanziert werden. Die Steuerzahler erhalten dafür keinen Gegenwert und es liegen auch keine konkreten Pläne für den Rückbau oberirdischer Parkplätze vor. Ihre Fraktion stelle deshalb folgenden Antrag: *Die Hälfte der von der öffentlichen Hand im Rebgarten finanzierten Parkplätze sind als Anzahl oberirdische Parkplätze innerhalb der Stadtmauer aufzuheben, sobald das Parkhaus Rebgarten fertig gestellt ist, jedoch bis spätestens 1 Jahr nach dessen Eröffnung.* Dieser Antrag dürfte im Interesse der Öffentlichkeit sein und ist ein Kompromissvorschlag. Der Rückbau von oberirdischen Parkplätzen macht Sinn, denn solange solche vorhanden sind, werden die Parkplätze in den Parkhäusern nicht gesucht und genutzt. Auch ihre Fraktion teile die Meinung der bürgerlichen Fraktionen, welche Bedenken betreffend der Nutzung sowie Auslastung des Parkhauses Rebgarten äusserten. Ihre Fraktion wird den FIKO-Gegenantrag grundsätzlich unterstützen, sofern der Rat dem Zusatzantrag der Grünen Fraktion zustimmen wird. Ihre Fraktion behält sich vor, gegebenenfalls das Behördenreferendum zu ergreifen.

Paul Pfaff (SVP) findet das Parkhaus Rebgarten eine gute Sache, doch ist das ganze Vertragswerk etwas diffus, teilweise nicht nachvollziehbar und könnte gar zu einer Krücke für die Stadt werden. Was passiert beispielsweise, wenn der Betreiber des Parkhauses nach zwei Jahren die öffentlichen Parkplätze auf einmal vermieten möchte? Auch bekunde seine Fraktion Mühe damit, dass sich die Stadt noch mit grösseren Infrastrukturkosten an der Parkhauserschliessung finanziell beteiligen soll. Im Zusammenhang mit den beiden Parkhäusern Manor und Rebgarten sollte hinsichtlich weiterer Baufelder doch eine Einheitlichkeit bezüglich der Finanzierung von öffentlichen Parkplätzen durch die Stadt angestrebt werden. Mit dem Dienstbarkeitsvertrag der Stadt mit der Rebhaus AG werden die Investoren einseitig bevorteilt, was so nicht sein kann. Es sind noch verschiedene Fragen zu klären, weshalb die SVP-Fraktion folgenden Rückweisungs-Antrag stellt: *Die SVP unterstützt das Parkhaus Rebgarten. Aber das Vertragswerk muss neu verhandelt werden punkto öffentlichen Dauerparkplätzen, keine Infrastrukturkosten, gleiche Parameter wie bei Manor.*

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) berichtet, seine Fraktion sei nicht einheitlicher Meinung. Einstimmig ist man aber der Meinung, dass der vom Stadtrat mit der Rebhaus AG ausgehandelte und unterzeichnete Dienstbarkeitsvertrag schlecht ist. Seine Fraktion ist auch einheitlich der Meinung, dass der stadträtliche Antrag abgelehnt werden soll. Gespalten sind auch die Meinungen bezüglich dem FIKO-Gegenantrag.

Peter Küng (SP) orientiert, die Vorlage habe in seiner Fraktion schon vorgängig der FIKO-Beratung Anlass zu grossen Diskussionen gegeben. Man habe beim Vorstellen des Parkraumkonzeptes doch zur Kenntnis genommen, dass man im Bereich Liestal Nord ein Parkplatzproblem habe. Parkplätze unter dem Boden machen ebenfalls Sinn. Auch macht es Sinn, dass oberirdische Parkplätze aufgehoben werden, sobald genügend öffentliche Parkplätze in Parkhäusern vorhanden sind. Kürzlich konnte man in einem Zeitungsbericht lesen, dass in Basel konzeptionelle Fragen auftauchen, da Gratisparkplätze die Parkplätze in Parkhäusern konkurrenzieren. Seine Fraktion kann den Strukturbeitrag der Stadt von 500'000 Franken ebenfalls nicht befürworten und wird deshalb den FIKO-Gegenantrag unterstützen. Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion macht wohl keinen Sinn, denn bei einer Genehmigung des FIKO-Gegenantrages müsste der Stadtrat mit der Rebhaus AG sowieso einen neuen Dienstbarkeitsvertrag aushandeln, da der jetzige Vertrag bei einer Gutheissung des FIKO-Antrages sowieso nicht erfüllbar wäre.

Michael Bischof (FDP) ist der SP-Fraktion dankbar für ihre Unterstützung, denn damit kann eine konstruktive Politik betrieben werden. Dem Bedürfnis an öffentlichen Parkplätzen muss nun Rechnung getragen werden. Ein Unwohlsein betreffend dem Dienstbarkeitsvertrag ist auch in der FDP-Fraktion vorhanden, und der Stadtrat wird gebeten, diesbezügliche Fragen und Probleme zu beheben. So ist beispielsweise das Rückfallsrecht im Falle einer Auflösung der Rebhaus AG überhaupt nicht geregelt. Zu kritisieren ist auch, dass die Investoren bereits Gebäude am Brunnwegli abgerissen und dann dort Parkplätze ohne Gratis-Parkstunde bereitgestellt hatten. Seine Fraktion wird einstimmig dem FIKO-Gegenantrag zustimmen. Der Rückbau von oberirdischen Parkplätzen gemäss Antrag der Grünen Fraktion kann erst dann diskutiert werden, wenn auch die Parkhäuser Manor, Rebgarten und Ziegelhof mit öffentlichen Parkplätzen tatsächlich zur Verfügung stehen. Mehrheitlich spricht sich seine Fraktion dafür aus, dass der Dienstbarkeitsvertrag mit der Rebhaus AG nochmals neu ausgehandelt und auch die Frage betreffend der Parkhauserschliessung von der Rheinstrasse her nochmals thematisiert wird.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, bei einer Gutheissung des FIKO-Antrages würde man dem Stadtrat eine Blankovollmacht mit unbekanntem Ausgang geben. Will aber der Einwohnerrat Einfluss nehmen, so muss er das Geschäft an den Stadtrat zurückweisen. Gemäss Rechnung 2010 muss unter anderem auch ein deutlicher Einbruch an Steuereinnahmen zur Kenntnis genommen werden und mit jedem ausgegebenen Franken werden zusätzliche Schulden gemacht.

Hanspeter Meyer (SVP) betont, dass sich seine Fraktion hundertprozentig für die Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen ausspreche, doch kann es nicht sein, dass diese basierend auf dem vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag realisiert werden. Auch unter Berücksichtigung der hohen Summen ist der Vertrag ziemlich fahrlässig und so macht eine Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat Sinn, damit ein neuer Dienstbarkeitsvertrag ausgehandelt wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) möchte wissen, wie man den Bürgern erklären will, weshalb die Stadt rund 1,3 Mio. Franken in öffentliche Parkplätze investieren soll, obwohl die meisten Steuerzahler davon keinen Nutzen haben. Seine Fraktion unterstütze die FIKO-Vorlage voll und ganz, sofern sie einen Nutzen für alle mit sich bringt. Seine Fraktion erwarte aber eine akzeptable Reaktion des Einwohnerrates zum Antrag seiner Fraktion. Ohne fassbaren Nutzen für alle Verkehrsbeteiligten lehnt seine Fraktion die Vorlage ab und wird gegebenenfalls das Referendum ergreifen. Mit der Argumentation der Grünen dürften wohl genügend Befürworter der Nein-Kampagne gefunden werden.

Daniel Spinnler (FDP) meint, mit dem Antrag der Grünen Fraktion würde das Fell des Bären verteilt, bevor dieser überhaupt erlegt ist. Denn der Abbau von oberirdischen Parkplätzen ist erst dann realistisch, wenn die geplanten öffentlichen Parkplätze in den Parkhäusern auch tatsächlich vorhanden sind. Gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie der Stadt Zürich wird belegt, dass mit einem oberirdischen Parkplatz der doppelte Umsatz gegenüber einem unterirdischen Parkplatz generiert werden kann. Gemäss dem vom Stadtbauamt vorgestellten Parkraumkonzept sollen öffentliche oberirdische Parkplätze ja auch reduziert werden. Die Drohung der Grünen Fraktion betreffend dem Ergreifen des Behördenreferendums wird nun hoffentlich nicht bei jeder Vorlage ausgesprochen, welche es im Rat künftig zu diskutieren gibt. Nach seinem Verständnis müsste der vorliegende Dienstbarkeitsvertrag bei einer Gutheissung des FIKO-Antrages sowieso nochmals ausgehandelt werden, wie dies unter Punkt 14 des Dienstbarkeitsvertrages vom 1. Juli 2010 auch geregelt ist. Demnach ist der FIKO-Gegenantrag eine indirekte Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat.

Michael Bischof (FDP) nimmt Bezug auf die Ausführungen von Hanspeter Zumsteg und stellt fest, dass Autofahrer vermutlich den doppelten Umsatz als beispielsweise Velofahrer bringen. Mit einem Stedtli ohne möglichen Autofahrerfrequenz dürfte die Anzahl der Läden so massiv abnehmen, dass dann schlussendlich gar überflüssiger Freiraum im Stedtli zur Verfügung stehen dürfte. Mit der Gutheissung des FIKO-Antrages für die Investition von 1,275 Mio. Franken hätte der Stadtrat bei den neuen Verhandlungen mit der Rebhaus AG eine Stütze in der Hand, dass der Einwohnerrat in das Parkhaus Rebgarten investieren möchte. Dies wäre bei einem Rückweisungsbeschluss gemäss Antrag der SVP-Fraktion hingegen nicht der Fall.

Walter Leimgruber (SP) hält fest, dass seine Fraktion nicht der Meinung ist, dass eine zwingende Verknüpfung gemäss Antrag der Grünen Fraktion betreffend dem Rückbau an oberirdischen Parkplätzen nicht nötig ist. Die SP-Fraktion wird den Antrag der Grünen nicht unterstützen.

Erika Eichenberger (GL) erklärt, dass gemäss Parkraumkonzept ein Rückbau an oberirdischen Parkplätzen realisiert werden soll, wenn der politische Wille gegeben ist. Gemäss heutiger Diskussion muss sie konstatieren, dass dieser politische Wille grossmehrheitlich nicht vorhanden ist. Ein Rückbau oberirdischer Parkplätze ist nur dann möglich, wenn diesbezügliche Entscheide im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Parkplätze gefällt werden. Der Rückbau von etwa 40 solcher Parkplätze dürfte auch nicht problematisch sein. Ergänzend möchte sie festhalten, dass die beantragte Investition von 1,8 Mio. Franken für die Realisierung von 85 Parkplätzen nicht nur in ihrer Fraktion Anlass zum Kopfschütteln gibt. Ein Grossteil der Bevölkerung verstehe eine solche Investition in dieser Grössenordnung nicht.

Martin Spiess (FDP) meint, der Einwohnerrat habe im Zusammenhang mit der Quartierplanung Rebgarten die Auflage gemacht, dass im Parkhaus Rebgarten 85 öffentliche Parkplätze erstellt werden sollen. Diese sind auch dringend nötig, denn seit dem Abbruch des Parkhaus Bücheli sind bis zu 20 % Umsatzeinbussen zu verzeichnen. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass mit dem Abbau von Parkplätzen auch die Umsätze der Detaillisten und somit auch die Steuereinnahmen zurückgehen würden.

Gerhard Schafröth (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das Votum von Daniel Spinnler und stellt fest, dass eine Gutheissung des FIKO-Antrages keine indirekte Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat zur Folge hätte, zumal im FIKO-Antrag auch die Genehmigung des Dienstbarkeitsvertrages mit der Rebhaus AG integriert ist. Der FIKO-Antrag ist untauglich bei der Umsetzung.

Regula Nebiker (SP) weist darauf hin, dass es wohl kaum Aufgabe des Einwohnerrates sein kann, Dienstbarkeitsverträge auszuarbeiten. Die Idee des FIKO-Gegenantrages ist es doch, dass vom Einwohnerrat ein Investitionskredit als Kostendach bewilligt wird und der Stadtrat noch Details mit der Rebhaus AG vertraglich regeln wird. Betreffend der von Daniel Spinnler erwähnten Studie in Zürich hatte sie gelesen, dass die oberirdischen Parkplätze neu bewirtschaftet werden sollen. Diese sollen künftig auch teurer werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, oberirdische Parkplätze sind auch für diejenige Kundschaft wichtig, welche im Stedtl spontane Einkäufe tätigen möchten.

Matthias Zimmermann (SP) kann sich vorstellen, dass in einem späteren Zeitpunkt durchaus mehr als 45 oberirdische Parkplätze abgebaut werden, wie es heute von der Grünen Fraktion beantragt wird.

Stadtrat Ruedi Riesen dankt für die klaren Voten und nimmt zu verschiedenen Punkten sowie gemachten Aussagen Stellung: Im Zusammenhang mit der Schaffung von öffentlichen Parkplätzen sind nicht nur finanzielle, sondern auch konzeptionelle Fragen zu klären. Gemäss Parkraumkonzept soll in der Altstadt eine Verdichtung an Parkplätzen stattfinden, was insbesondere bei Quartierplanungen möglich ist, indem den Investoren, wie beispielsweise beim vorliegenden Geschäft Rebgarten, diesbezügliche Auflagen gemacht werden. Mit Einkaufszentren wird sicher auch der Detailhandel gestärkt und beispielsweise ein velofreundlicheres Stedtl realistischer. Es wäre schlecht, wenn man heute im Zusammenhang mit dem Parkhaus Rebgarten ein Exempel statuieren möchte, indem man gleichzeitig mit der Kreditbewilligung auch den Abbau von oberirdischen Parkplätzen beschliessen würde, zumal vom Stadtrat der Rückbau oberirdischer Parkplätze schon mehrmals zugesichert wurde. Auch wurden heute zusätzliche Parkplätze im Ziegelhof-Areal erwähnt, wofür noch gar kein Quartierplan vorliegt. Noch vor der Realisierung des Manor-Parkhauses im Jahr 2013 müsste vom Einwohnerrat entschieden werden, wie viele oberirdische Parkplätze an welchen Orten und in welchen zeitlichen Etappen aufgehoben werden sollen. Ein Abbau sämtlicher oberirdischer Parkplätze mache vermutlich auch keinen Sinn. Eine Polarisierung zwischen den Auto- und Velofahrern ist mühsam und vereinfacht die Lösungsfindungen nicht. Im Bewusstsein des anstehenden Investitionsbedarfs bei den Schulhausbauten hatte sich der Einwohnerrat seit Jahren für die Schaffung zusätzlicher Parkplätze im Stedtl ausgesprochen. Soll nun der Dienstbarkeitsvertrag mit der Rebhaus AG der Grund und Aufhänger dafür sein, dass im geplanten Parkhaus keine neuen Parkplätze geschaffen werden sollen? Dieser Vertrag ist vom Stadtbauamt zusammen mit der Rebhaus AG und Rechtsberatern ausgearbeitet worden, und diesen hatte der Stadtrat nicht einfach naiv abgesegnet. Selbstverständlich müssten bei einer Kreditkürzung von 500'000 Franken die Verhandlungen mit der Rebhaus AG neu aufgenommen werden. Festgehalten kann auch werden, dass sich die Stadt bei der Schaffung von öffentlichen Parkplätzen mit 15'000 Franken pro Parkplatz finanziell beteiligt. Dies ist auch beim Parkhaus Rebgarten der Fall, obwohl man weiss, dass die Erstellung dieser Parkplätze wesentlich teurer ist als beim Manor-Parkhaus. Entgegen der Meinung einiger Rats-

mitglieder erhält der Stadtrat bei einer Gutheissung des Antrages des Stadtrates oder der FIKO durchaus keine Blanko-Vollmacht. Die 85 öffentlichen Parkplätze sind gemäss Quartierplan Rebgarten zu erschliessen. Der direkte Zugang zu diesen Parkplätzen ist im Einwohnerrat gewünscht und vom Stadtrat umgesetzt worden. Der Strukturbeitrag von CHF 500'000 basiert auf einer Grobschätzung. Dieser ist vielleicht gar nicht nötig, denn es liegen noch keine konkreten Pläne betreffend der künftigen Nutzung der Liegenschaften vor. Der Stadtrat hält nach wie vor an seinem Antrag für einen Kredit von 1,775 Mio. Franken fest.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die EVP-Ratsmitglieder den FIKO-Gegenantrag unterstützen.

Paul Pfaff (SVP) informiert, dass die SVP-Fraktion ihren Antrag zurückziehen werde. Dies vorbehältlich dessen, dass der Einwohnerrat dem FIKO-Gegenantrag zustimmen wird.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) erklärt, dass ein Rückzug des SVP-Antrages mit Vorbehalt nicht möglich ist.

Paul Pfaff (SVP) erklärt, dass SVP-Fraktion demnach ihren Antrag zurückziehe.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

ABSTIMMUNGEN

://: Dem stadträtlichen Antrag für einen Strukturbeitrag von 1,775 Mio. Franken stimmt niemand zu.
Dem FIKO-Gegenantrag für einen Strukturbeitrag von 1,275 Mio. Franken wird mit grossem Mehr zugestimmt.

://: Der Antrag der Grünen Fraktion (Rückbau von oberirdischen Parkplätzen) wird mit grossem Mehr abgelehnt.

://: In der Schlussabstimmung wird dem FIKO-Gegenantrag (Der Einwohnerrat genehmigt den Dienstbarkeitsvertrag mit der Rebhaus AG betreffend öffentliches Parkhaus und damit einen Strukturbeitrag von CHF 1'275'000 für 85 öffentliche Parkplätze von total 170 Parkplätzen sowie einen öffentlichen Ein-/Ausgang auf die Rheinstrasse) mit grossem Mehr zugestimmt.

* * * * *

Hanspeter Zumsteg (GL) stellt den Antrag, dass der soeben gefällte Einwohnerratsbeschluss dem Behörden-Referendum unterstellt wird.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass der Entscheid gar nicht dem Behördenreferendum unterstellt werden kann, da die Gutheissung des FIKO-Gegenantrages implizit eine Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat ist.

Pascal Porchet (FDP) gibt zu bedenken, dass der Einwohnerrat demokratische Grundverhältnisse habe. Aus seiner Sicht ist die Ergreifung des Behördenreferendums eine Zwängelei der Grünen Fraktion, zumal mit einem Referendum auch eine Negativstimmung zum vorliegenden Geschäft aufkommen würde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) bittet um die Unterstützung des Behördenreferendums, denn es ist ein demokratisches Recht, dass das Stimmvolk über ein solch wichtiges Geschäft entscheiden könne.

Hanspeter Zumsteg (GL) ist der Meinung, dass der Antrag seiner Fraktion durchaus legitim ist, da es schliesslich um ein Finanzgeschäft in der Grössenordnung von 1,3 Mio. Franken gehe.

Ratspräsident Jürg Holinger (FDP) verliest § 90 des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat, und stellt fest, dass der vorgängige Entscheid dem Behörden-Referendum unterstellt werden kann. Damit das erforderliche Quorum von 1/3 der anwesenden Mitglieder erreicht wird, müssten dem Antrag der Grünen Fraktion mindestens 12 Ratsmitglieder zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) stellt den Antrag, dass über den Antrag betreffend dem Behördenreferendum namentlich abgestimmt wird.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt nach Umfrage fest, dass sich die Ratsmitglieder mit einer namentlichen Abstimmung einverstanden erklären können.

://: Abstimmung (namentlich) betreffend dem Antrag der Grünen Fraktion bzgl. Unterstellung des Einwohnerratsbeschlusses unter das Behördenreferendum gemäss § 90 des Einwohnerrat-Geschäftsreglementes:

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Augstburger Elisabeth		X	
Bischof Michael		X	
Brunner John		X	
Eichenberger Erika	X		
Eugster Thomas		X	
Eppler Dieter		X	
Furrer Peter		X	
Gränicher Beat		X	
Güngör Canan	X		
Holinger Jürg	X		
Kaufmann Franz		X	
Kaufmann Meret	X		
Kiefer Enrico		X	
Küng Peter		X	
Lagnaz Doris			(abwesend)
Leimgruber Walter		X	
Lerf Heinz		X	
Lirgg Andreas			(abwesend)
Mägli Patrick		X	
Mangold Christine		X	
Mächler Adrian		X	
Meyer Hanspeter		X	

Meyer Markus		X	
Nebiker Regula		X	
Pfaff Paul		X	
Porchet Pascal		X	
Rudin Lorenz		X	
Ruesch Corinne			(abwesend)
Schafroth Gerhard	X		
Schafroth Hans-Rudolf		X	
Spiess Elisabeth	X		
Spiess Martin		X	
Spinnler Daniel		X	
Steinger Pia	X		
Stengle Peter		X	
Stoll Hanspeter			(abwesend)
Sutter Sabine		X	
Wunderlin Vreni		X	
Zimmermann Matthias		X	
Zumsteg Hanspeter	X		
<i>TOTAL</i>	<i>8</i>	<i>28</i>	

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das erforderliche Quorum für das Zustandekommen des Behördenreferendums nicht zustande gekommen ist und der Antrag der Grünen Fraktion somit abgelehnt wurde.

260 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission betreffend Projekt- und Kreditgenehmigung für Neugestaltung von Emma Herwegh-Platz (Nr. 2011/158, Nr. 2011/158a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Matthias Zimmermann (SP) stellt als Präsident der BPK den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2011/158a vor: Der berühmte Goethe soll einmal am Schluss eines Briefes geschrieben haben, dass der Brief kürzer geworden wäre, hätte er zum Schreiben mehr Zeit gehabt. In diesem Sinn habe er sich Zeit genommen, die komplexe Diskussion der BPK zum Geschäft im Kommissionsbericht zu beschreiben. Es war kein einfacher Prozess, denn es ist schwierig, praktisch nur über Bäume zu reden, die auf dem Emma Herwegh-Platz gepflanzt werden sollen. Zentraler Punkt war auch der rechteckige Platz und dessen Gestaltung, welcher zwischen den bestehenden Gebäuden realisiert werden soll. Daraus resultiert der BPK-Gegenantrag, dass die Anzahl Bäume von 32 auf 20 Bäume reduziert werden soll. Die weiteren Schwerpunkte der BPK-Besprechung sind im Bericht unter den Punkten 2.2 bis 2.5 aufgeführt. Unter Punkt 2.6 sind zwei dringende Wünsche der BPK formuliert. Stadtrat und Stadtverwaltung werden gebeten, diese Begehrlichkeiten zu prüfen und das Nötige zu veranlassen. Nach der Verabschiedung des Kommissionsberichtes ist noch die Frage aufgetaucht, ob denn angesichts der reduzierten Anzahl an Bäumen nicht auch der Kredit für die Platzgestaltung entsprechend angepasst werden sollte. Mit der Reduktion um 12 Bäume kann mit einer Einsparung von 40'000 Franken gerechnet werden. Unter Berücksichtigung der Folgekosten wegen der Projektänderung verbleiben unter dem Strich noch Einsparungen von 30'000 Franken. Gemäss Zirkulationsbeschluss der BPK wird deshalb der 1. BPK-Antrag wie folgt geändert und ergänzt (Ergänzung in Kursivschrift): Die BPK beantragt dem Einwohnerat, die Anzahl Bäume im Projekt zur Neugestaltung des Emma Herwegh-Platzes von 32 auf 20 (d.h. 5 x 4 statt 8 x 4 Bäume) *und den zu genehmigenden Bruttokredit auf CHF 400'000 zu reduzieren.*

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass er zum Bericht und den Voten der Ratsmitglieder erst am Schluss der Beratung Stellung nehmen werde.

Hanspeter Meyer (SVP) hält fest, dass es sich hier um ein richtiges Kompromissgeschäft handelt. Die SVP-Fraktion vertritt die Meinung, dass die Einsparungen nach dem Wegfall von 12 Bäumen und den vom Stadtrat noch zu prüfenden Nachbesserungen gemäss Punkt 2.6 des Kommissionsberichtes wesentlich höher sein sollten. Seine Fraktion stellt deshalb den Zusatzantrag, dass der *Kredit auf CHF 370'000 beschränkt* wird.

Franz Kaufmann (SP) sagt, die Platzgestaltung sei angesichts der angrenzenden Bahnlinie, der Kantonsbibliothek sowie dem neuen Uno-Gebäude kompromisslos und habe einen starken Ausdruck. Die in der BPK gemachten Anregungen für eine grössere Transparenz der erwähnten Gebäude ist auch für die SP-Fraktion nachvollziehbar, weshalb seine Fraktion auch die BPK-Anträge unterstütze. Erfreulicherweise wird die Platzgestaltung vom Kanton und einer Stiftung finanziell mitunterstützt.

Gerhard Schafröth (CVP/EVP/GLP) orientiert, in seiner Fraktion sind die Meinungen bezüglich der Platzgestaltung unterschiedlich. Persönlich ist der der Ansicht, dass das Projekt auf SBB-Boden stehe und vor einem Gebäude des Kantons realisiert werden soll. Auch angesichts der Finanzlage der Stadt sehe er deshalb nicht ein, weshalb die Stadt eine Platzgestaltung mit solch hohen Investitionskosten realisieren soll, denn dieses Geld wird anderswo wieder fehlen.

Thomas Eugster (FDP) legt dar, dass die Kantonsbibliothek wohl eines der meistbesuchten Gebäude im Kanton ist und der Emma Herwegh-Platz davor auch sinnvoll als Freiraum gestaltet werden soll. Auch die Spende des Brunnens auf dem neuen Platz durch eine Stiftung ist begrüssenswert. Die Platzgestaltung mit Bäumen ist durchaus angebracht, doch ist der Projektvorschlag des Stadtbauamtes hinsichtlich der Anzahl Bäume doch des Guten zuviel, denn ein solcher Urwald hätte die Sicht auf die Kantonsbibliothek gänzlich versperrt. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb auch die beiden BPK-Anträge. Betreffend dem BPK-Wunsch für günstigere Sitzbänke fordere er den Stadtrat dazu auf, diesbezüglich auch ein allfälliges Sponsoring dieser Sitzbänke zu prüfen. Unabhängig davon, ob schlussendlich nun Energiesparlampen oder LED-Lampen installiert werden, sollte auch darauf geachtet werden, dass der Platz abends gut ausgeleuchtet ist. Da auch der Kanton mit roten Zahlen zu kämpfen hat, macht eine Projektrealisierung in Kürze Sinn, denn sonst könnten die Kantonsbeiträge an die Platzgestaltung noch weiter schrumpfen.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält fest, dass in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung sowie Verschönerung Liestals beschlossen wurden, welche zum Teil auch schon umgesetzt wurden. Die Neugestaltung des Emma Herwegh-Platzes wird ebenfalls einen guten Abschluss der beiden markanten Besuchermagnete Kantonsbibliothek und Uno-Gebäude bilden. Auch seine Fraktion begrüsse die Reduktion der Anzahl neuer Bäume, damit die beiden Gebäude besser wahrgenommen werden können. Die Grüne Fraktion lobt auch die Installation von LED-Lampen bei der neuen Burgunderstrasse, welche nebst Stromersparnissen auch weitere Vorteile mit sich bringen. Wie im BPK-Bericht bereits erwähnt, hofft und wünscht seine Fraktion, dass der neue Platz nun ebenfalls mit LED-Leuchten versehen wird. Dies ist sicher auch im Sinne Energiespar-Motion, welche von allen Fraktionen kürzlich an den Stadtrat überwiesen wurde. Die BPK-Anträge werden von der Grünen Fraktion einstimmig unterstützt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) findet es wichtig, dass der Platz nachts gut ausgeleuchtet wird, damit dieser nicht zu einem Kiffer-Platz verkommt.

Stadtrat Ruedi Riesen dankt für die positive Aufnahme des Projektes im Einwohnerrat. Wichtig ist, dass der Emma Herwegh-Platz nicht als Fläche, sondern als Raum gesehen wird. Der Stadtrat kann sich mit den BPK-Anträgen einverstanden erklären. In der BPK-Debatte wurde schwergewichtig die Anzahl Bäume thematisiert und es ist ihm erst nach den heutigen Voten der Fraktionssprecher bewusst geworden und aufgefallen, dass sich auch der Einwohnerrat an der Mitgestaltung eines neuen Platzes erfreuen kann. Schön ist es natürlich auch, dass sich die Prader-Fehr-Stiftung mit CHF 70'000 am Brunnen des neuen Platzes finanziell beteiligt. Betreffend der LED-Leuchten sind vom Stadtbauamt bereits Abklärungen getroffen worden und man habe die Auskunft erhalten, dass es für eine gute Ausleuchtung des Platzes noch keine guten LED-Leuchten auf dem Markt gibt, welche den Bedürfnissen und Anforderungen entsprechen würden.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

ABSTIMMUNGEN

://: Dem Antrag der SVP-Fraktion für einen Bruttokredit von CHF 370'000 stimmen 10 Ratsmitglieder zu.
Dem geänderten BPK-Antrag für einen Bruttokredit von CHF 400'000 wird mit Mehrheitlich mit 25 Stimmen zugestimmt.

- ://: Dem geänderten BPK-Antrag für einen Bruttokredit von CHF 400'000 wird einstimmig zugestimmt.
Dem stadträtlichen Antrag für einen Bruttokredit von CHF 430'000 stimmt kein Ratsmitglied zu.
- ://: In der Schlussabstimmung wird dem BPK-Antrag (Die BPK beantragt dem Einwohner-rat, die Anzahl Bäume im Projekt zur Neugestaltung des Emma Herwegh-Platzes von 32 auf 20, das heisst 5 x 4 statt 8 x 4 Bäume, zu reduzieren und den zu genehmigenden Bruttokredit auf CHF 400'000 festzulegen) mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zugestimmt.

261 0.01.011.01 Einwohnerrat

**7. Berichte Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission betreffend
Amtsbericht 2010 (Nr. 2011/159, Nr. 2011/159a)**

Dieter Epple (SVP) hält als Präsident der GPK fest, dass er zum vorliegenden Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2011/159a keine Ergänzungen zu machen habe. Er dankt dem Stadtrat und der Verwaltung an dieser Stelle nochmals für die geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit der Vorberatung des Amtsberichtes 2010 durch die GPK.

Christine Mangold (SP) sagt, die SP-Fraktion danke ebenfalls für die geleisteten Arbeiten im vergangenen Amtsjahr. Besondere Anerkennung verdienen die verschiedenen Bauprojekte, welche trotz einigen Schwierigkeiten abgeschlossen werden konnten. Die Jugendkommission hat sich anscheinend still aufgelöst und leider sind bezüglich der Jugendarbeit keine Verbesserungen in Aussicht. Auch verschiedene Massnahmen betreffend dem Jugendzentrum Joy sind im vergangenen Jahr wieder verschoben worden, und ihre Fraktion hoffe, dass dieses Vakuum im laufenden Amtsjahr wieder aufgefüllt werden kann.

Meret Kaufmann (GL) erklärt, auch ihre Fraktion sei einmal mehr enttäuscht darüber, dass sich hinsichtlich der Jugendarbeit auch letztes Jahr nicht viel getan habe. Es spricht wohl für sich, dass nur noch gerade ein Kommissionsmitglied der Jugendkommission im Amt ist. So bleibt die Hoffnung, dass sich spätestens mit Beginn der neuen Legislaturperiode in diesem Bereich etwas tut.

Adrian Mächler (FDP) äussert, seine Fraktion habe zustimmend vom Amtsbericht 2010 Kenntnis genommen. Man hoffe, dass man nächstes Jahr wieder einen solch erfreulichen Bericht zur Kenntnis nehmen dürfe.

Hansrudolf Schafroth (SVP) stellt fest, dass die letzten Amtsberichte von Jahr zu Jahr besser geworden sind und somit auch deutlich weniger kritische Fragen gestellt werden mussten, welche früher Anlass zu grösseren Diskussionen gegeben hatten. Den zuständigen Verantwortlichen sowie Berichtverfassern wird dafür bestens gedankt.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) verdankt namens ihrer Fraktion ebenfalls die gute Berichterstattung über das vergangene Amtsjahr, welcher zustimmend zur Kenntnis genommen wird.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, sie sei im Moment die einzige Stadträtin im Saal und bedanke sich für die positiven Stellungnahmen der Fraktionssprecher. Die Dank- und Lobesworte werde sie ihren Stadtratskollegen sowie der Verwaltung weiterleiten.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Gemäss Antrag der Geschäftsprüfungskommission wird der Amtsbericht 2010 vom Einwohnerrat einstimmig bei 1 Enthaltung genehmigt.

262 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Bericht Stadtrat zum Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion für verkehrsberuhigende Massnahmen im Quartier Sigmundstrasse/Altbrunnenweg, Liestal Ost (Nr. 2010/92, Nr. 2010/92a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass er im Moment keine Ergänzungen zu machen habe.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulantin dem Stadtrat für die getroffenen Abklärungen und Berichterstattung. Gemäss stadträtlichem Bericht mache es keinen Sinn, den Altbrunnenweg in die Tempo 30-Zone aufzunehmen. Zwecks Vermeidung von gefährlichen Situationen stelle sie den Zusatzantrag, dass *im Altbrunnenweg der Einbau einer Schwelle geprüft wird*.

John Brunner (SVP) weiss aus Erfahrung, dass die Einführung von Tempo 30-Zonen relativ teuer ist. Die SVP-Fraktion stellt einen Gegenantrag mit folgendem Wortlaut: *Das Postulat Nr. 2010/92 ist nicht abzuschreiben. Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob anstatt der vorgesehenen Einführung der Tempo 30-Zone in der Sigmundstrasse die Variante Fahrverbot für Motorwagen und Motorräder, Signal 2.14, mit Zusatz „Zubringerdienst gestattet“ als kostengünstige und dennoch verkehrsberuhigende Massnahme eingeführt werden kann.*

Enrico Kiefer (FDP) legt dar, dass seine Fraktion dem stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung des Postulates zustimmen werde. Persönlich habe er die Erfahrung gemacht, dass man sich schon beinahe Mühe geben muss, in der Sigmundstrasse mehr als 30 Stundenkilometer fahren zu können. Denn je nach Situation kann dort auch schon das Fahren mit weniger als 30 Stundenkilometern gefährlich sein. Bei ihm persönlich stosse deshalb der SVP-Antrag auf eine Gegenliebe.

Franz Kaufmann (SP) nimmt Bezug auf den formulierten SVP-Antrag und meint, dass nur die Postulantin ihren Vorstoss entsprechend abändern könne.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) meint, der Rat könne heute durchaus die Nichtabschreibung des Postulates beschliessen. Dies hätte zur Folge, dass der Stadtrat anschliessend die neuen Begehrlichkeiten sowie Lösungsvarianten der Antragsteller im Auftrag des Einwohnerrates zu prüfen hätte.

Daniel Spinnler (FDP) möchte von John Brunner wissen, wie hoch denn die Kosten für die Einführung der Tempo 30-Zone sein dürften.

John Brunner (SVP) erklärt, dass verbindliche Aussagen bezüglich den Folgekosten wohl von Stadtrat Ruedi Riesen gemacht werden müssten. Die von ihm vorgeschlagenen Signalisationstafeln sind an Lager und kosten maximal 500 Franken. Basierend auf den bisher angefallenen Kosten für die bereits realisierten Tempo 30-Zonen habe er hochgerechnet, dass sich die Kosten auf 5'000 Franken und mehr belaufen dürften. Zudem müsste die Einführung der Tempo 30-Zone in der Sigmundstrasse noch von der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei abgesegnet werden. Bereits in der Sigmundstrasse durchgeführte Geschwindigkeitsmessungen haben ergeben, dass Tempo 30 in der Vergangenheit noch nie überschritten wurde.

Elisabeth Spiess (GL) erklärt, dass eher die Lösung gemäss SVP-Antrag als der Einbau einer Schwelle gemäss Vorschlag der Postulantin geprüft werden sollte. Sie erinnere an die eingebauten Schwellen in der Seestrasse und anschliessenden Diskussionen sowie Reklamationen.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat habe gemäss Vorstoss lediglich zur Einführung einer Tempo 30-Zone Stellung genommen. Erwähnen möchte er an dieser Stelle, dass auf Wunsch und einen Telefonanruf vom Stadtbauamt eine Tempo 30-Zone auch beim Rankweg eingeführt werde und es dafür nicht eines Postulates bedarf. John Brunner bitte er, betreffend den von ihm zitierten enormen Kosten doch vorsichtiger zu sein. Denn es ist beispielsweise noch abzuklären, ob es für die Tempo 30-Zone in der Sigmundstrasse überhaupt zwei Tafeln benötige oder nicht. Die Kosten werden spätestens mit dem Voranschlag 2012 ausgewiesen. Ihn persönlich könne der Vorschlag für einen Schwellen-Einbau überhaupt nicht begeistern.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) macht beliebt, dass man ihr Postulat an der heutigen Sitzung noch nicht abschreibe.

Adrian Mächler (FDP) orientiert, die FDP-Fraktion nehme den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis und werde auch dem Antrag des Stadtrates zustimmen. An der heutigen Sitzung sind keinerlei Kredite für Verkehrsberuhigungsmassnahmen in der Sigmundstrasse zu beschliessen.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Er sehe es so, dass der Einwohnerrat an der heutigen Sitzung nur über die Kenntnisnahme des stadträtlichen Berichtes sowie die Abschreibung des Postulates Nr. 2010/92 beschliessen kann. Sollte der Bericht zur Kenntnis genommen, jedoch das Postulat nicht abgeschrieben werden, so müsste der Stadtrat die verschiedenen Lösungsvarianten gemäss Anträgen der Postulantin und SVP-Fraktion noch prüfen.

://: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/92a wird mit grossem Mehr zur Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.
Der Gegenantrag der SVP-Fraktion für die Nichtabschreibung des Vorstosses mit einer vom Stadtrat noch zu prüfenden neuen Lösungsvariante wird abgelehnt.

263 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend „Feinstaubbelastung der Liestaler Bevölkerung“ (Nr. 2011/164, Nr. 2011/164a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt als Interpellant, dass ihn die stadträtliche Antwort gemäss Vorlage Nr. 2011/164a befriedige und er keine Diskussion wünsche.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass nach dem Verzicht des Interpellanten auf eine Diskussion das Geschäft erledigt ist.

Somit ist die Interpellation Nr. 2011/164 beantwortet und erledigt.

264 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend „Fukushima – auch Liestal muss handeln!“ (Nr. 2011/165, Nr. 2011/165a)

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt als Interpellant, dass er mit der stadrätlichen Antwort nicht einverstanden sei und deshalb die Diskussion wünsche. Er begrüsse es, dass der Stadtrat bei der EBL Druck aufsetzen will. Auch die EBL brauchte den Fukushima-Vorfall, damit diese kritischer über ihre Energiepolitik nachdachte. Es brauche nun aber den wirtschaftlichen Druck. Ist der Stadtrat beispielsweise bereit, bei anderen Stromlieferanten Offerten einzuholen?

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass an der letzten Landratssitzung der „Alpiq-Vorstoss“ ihrer Fraktion an den Regierungsrat überwiesen wurde, mit welchem die Förderung von erneuerbaren Energien in den Vordergrund gestellt werde. Wichtig ist nun auch, dass beispielsweise EBL-Genossenschafter an den nächsten Versammlungen entsprechende Anträge einreichen, damit der Ausstieg aus dem Atomgeschäft thematisiert wird.

Stadtrat Ruedi Riesen ist der Meinung, dass mit der stadrätlichen Antwort zur ersten Frage des Interpellanten auch die von ihm heute gestellte Frage beantwortet sein dürfte. Der Stadtrat wird darauf hinwirken, dass die EBL vermehrt auf erneuerbare Energien setzt. Erinnern möchte er daran, dass sich der Einwohnerrat vor kurzer Zeit dagegen ausgesprochen hatte, für erneuerbare Energien die nötigen Mehrkosten in Kauf zu nehmen. Der Stadtrat ist mit der EBL als Stromlieferantin bisher gut gefahren, und traut dieser zu, dass diese als bewegliches Unternehmen wie versprochen auch in den Ausstieg aus der Kernenergie investieren wird. Konkretes wird vermutlich aber erst im Zusammenhang mit den neuen Vertragsverhandlungen erreicht werden können.

Matthias Zimmermann (SP) hält fest, dass der vermehrte Einkauf erneuerbarer Energien vom Einwohnerrat aus Kostengründen abgelehnt wurde. Mit der Einholung von Konkurrenzofferten könnte es durchaus möglich sein, dass die Stadt Liestal auch sogenannten sauberen Strom zu günstigeren und realen Preisen einkaufen könnte. Die Stromlieferanten haben heute keine Monopolstellung mehr und es ist auch nicht unanständig, Konkurrenzofferten einzuholen. Diesbezüglich sollte der Stadtrat weiterhin aktiv bleiben.

Erika Eichenberger (GL) unterstreicht das Votum ihres Vorredners und meint, dass der Stadtrat den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen sollte.

Ratspräsident Jürg Holinger (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Somit ist die Interpellation Nr. 2011/165 beantwortet und erledigt.

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Jürg Holinger

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann